

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13883. — **Berlin in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4598

**Insertenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.50 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Um den Versailler Vertrag. Belagerung des englisch-französischen Konflikts um den § 18?

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Londoner Korrespondenten französischer Blätter melden, daß der französisch-englische Konflikt wegen der Anwendung des § 18 an Schärfe verloren hat und bald beigelegt sein dürfte. Lord Curzon soll sein Bedauern ausgesprochen und erklärt haben, daß auf englischer Seite ein Irrtum begangen worden sei. Dieser Irrtum wird leicht den Beamten des Finanzministeriums zugeschoben, die nur das wirtschaftliche Interesse Englands im Auge behielten und die politischen Folgen des Schrittes nicht bedachten. Merkwürdig bleibt in dieser Erklärung nur, daß der subalterne Irrtum der Beamten vom ganzen Kabinett bestätigt wurde und daß die getroffene Entschlieung zu Recht weiterbestehen bleibt. Die französische Regierung hat auf das bedenkliche Mittel eines schriftlichen Einpruchs verzichtet und ihren Standpunkt durch den Botschafter Fleurbaey in London vertreten lassen, der den erkrankten Botschafter Cambou vertritt. Man glaubt aber, daß England seinerseits schriftlich antworten werde und vermutet, daß diese Antwort nicht nur den begrenzten Fall des § 18, sondern die ganze Wiederherstellungsfrage betreffen wird. Beide Regierungen sind bis jetzt darüber einig, daß die Sachverständigenkonferenz baldmöglichst in Brüssel stattfindet und daß ihre Arbeit bald eine Besprechung der Finanzminister in Genf folgen soll. Alles andre ist noch in der Schwebe und man erwartet eine Aufklärung von der englischen Antwort, vorausgesetzt, daß eine solche Antwort wirklich einläuft.

## Italiens Haltung.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus Basel, daß die deutsche Botschafter in Rom hatte eine längere Beratung mit dem Industrie- und Handelsminister Messio über die Wiederherstellungsfrage im Zusammenhang mit dem deutschen Besitz in Italien und dem italienischen Besitz in Deutschland mit der Möglichkeit, daß Italien dem englischen Beispiel folgt und ebenfalls auf eine Beschlagnahme verzichtet.

## Ein englisches Urteil über Deutschlands Finanzlage.

London, 30. Oktober. Westminster Gazette schreibt: Die Angaben in der Budgetrede Dr. Birchs über die Schulden Deutschlands wirken wie ein schwerer Anstoß aus dem Innern eines Rechnungsführers. Das ist, kurz und deutlich gesagt, Bankrott, auch wenn Dr. Birch sich geheißelt habe, dieses Wort anzupfeifen. Deutschland müsse die Folgen des verlorenen Krieges tragen; die Leute aber, welche glauben, daß in absehbarer Zeit von Deutschland Wiedererquickung angeleitet werden könnten, würden gut tun, sich das Rechenexempel anzusehen. Es sei unwahrscheinlich, daß eine Nation, die zwei Jahre nach der Beendigung des Krieges 40 Milliarden Mark borren müßte, viel hergeben könne, auch wenn man noch so tief in ihre Taschen greife. — Zum Verzicht Englands auf das Recht auf Beschlagnahme des deutschen Privateigentums bemerkt das Blatt: Die englische Regierung ist zu dem verständigen Schluß gelangt, daß die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mehr Wert für uns hat, als das Recht, deutsche Güter mit Beschlag zu belegen, um die Zahlung einer utopischen Entschädigungssumme zu erzwingen. Wenn Frankreich erlaubt, daß unser Handel durch die Maßnahmen der englischen Regierung einen Vorteil gegenüber dem französischen Handel erlangt, so gibt es daneben ein sehr einfaches Mittel: Frankreich braucht nur unsern Beispiel zu folgen.

## Vom Parteitag der US-Kommunisten Die Verschmelzung der Neu-Kommunisten.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In dem Bericht, den die Parteitag heute morgen über die nicht-öffentliche Sitzung des Parteitags der kommunistischen Partei vom Montag, dem 1. November, gibt über das Referat Thalheimers: Zur Situation der Partei, heißt es: Die Verschmelzung muß so schnell wie möglich durchgeführt werden, schon um deswillen, weil die kommunistische Bewegung jetzt eine Gefahrenzone durchläuft. Organisatorisch ist bei der Verschmelzung das größte Entgegenkommen geboten. Ueber die Zentralleitung haben wir uns dahin verständigt, daß eine gemeinsame Zentrale aus den Zentralen beider Parteien paritätisch gebildet wird, unter Teilnahme eines Vertreters der Exekutive in Moskau. In den Bezirks- und Ortsvereinen ist sofort eine enge Verbindung der beiden Parteien vorzunehmen. Der entscheidende Gesichtspunkt ist, daß eine Verschmelzung in den Massen, nicht in den Spitzen allein, zustande kommt. Die Genossen von der USP, hatten einige Bedenken, sie wollten die Verschmelzung der Ortsvereine vorläufig noch hintanhalten. Diese Bedenken sind in den letzten Tagen zurückgetreten. Für die Presse ist ein gemeinsames Pressekabine bereits eingerichtet worden. Die Zeitungen sollen aus Mitgliedern beider Parteien besetzt werden. Für die Parlamentsfraktionen sowie für die in der Gemeinde tätigen Genossen ist bestimmt, daß sie der Kontrolle der Zentrale unterstehen. Den Schlupfwinkel der Verschmelzung wird ein Einigungsparteitag am 3. Dezember bilden. Dieser wird von internationaler Bedeutung sein, da er vor den entscheidenden Parteitag der Schweiz, Frankreichs und Italiens stattfindet.

In der Diskussion traten bereits Klagen auf. So bekannte sich Schuelbacher-Hanau über die Gründung der Internationale in Berlin, sowie die der Südwestdeutschen Arbeiterzeitung in Frankfurt a. M. Es schien, als ob die linke USP, erst eine feste

Organisation aufbauen möchte, damit sie der SPD, gegenüber eine festere Macht repräsentiere. Die Verschmelzung der Partei muß ohne Rücksicht durchgeführt werden. Dagegen demängelte Senfel aus Leipzig die frühere Festlegung des Einigungsparteitags auf Anfang Dezember. So schnell sei der Verschmelzungsvorschlag in Sachsen nicht durchgeführt. Jetzt noch habe die linke USP, d. h. die Neu-Kommunisten, eine eigene Liste zur Wandtagswahl aufgestellt mit Fritz Geyer an der Spitze, der bis zuletzt in der Frage der Internationale schwankend war.

## Die Aussichten der Präsidentschaftswahl in Amerika.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die amerikanische Präsidentschaftswahl meldet der Korrespondent des Berliner Tageblattes aus dem Haag, daß ein gewisser Stimmungsumschwung zugunsten Wilsons eingetreten sei, der den Demokraten zugute komme. Neuter hat gemeldet, daß Wilsons Sekretär sich an das öffentliche Mittel für Wilson gewendet hat, der im Kampf um seine Ideale körperlich zusammengebrochen sei. Die unklare Haltung, die der demokratische Kandidat Cox und die völlig ablehnende Haltung, die der republikanische Kandidat Harding zum Völkerbund einnehmen, müssen Ursache sein, daß man sich der Entscheidung erinnert, mit der Wilson vor seinem Schlaganfall seine Gedanken aussprach und befolgte. Bei Beginn des Wahlkampfes sprach alles für einen überwältigenden Sieg der Republikaner. Aber während des Wahlkampfes haben die Republikaner Anzula gehabt. Durch ihre völlig ablehnende Haltung zum Völkerbund kam diese Frage in den Vordergrund.

Der Korrespondent behauptet dann weiter, es bestehen kaum noch Zweifel, daß Harding doch noch gewählt wird, wenn auch nicht in so glänzender Weise, wie seine Anhänger ursprünglich hofften. Wenn aber der Senat eine demokratische Mehrheit bekommt, dann würde für Harding die gleiche Lage entstehen, wie sie für Wilson seit dem letzten Herbst bestand.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich natürlich nur mit den Aussichten der beiden Vertreter der direkt kapitalistischen Parteien. Die Kandidaten der Sozialisten und der Farmer-Labour-Party (eine kleinbäuerlich-kleinbürgerliche Partei, der auch Arbeiter angehören, mit einem politisch-radikalen Programm) sind für sie einfach nicht vorhanden. Für die sozialistische Partei kandidiert Genosse Eugen Debs, der seit länger als Jahresfrist im Gefängnis liegt wegen seines öffentlichen Auftretens gegen den Krieg. Da ihn die Klassenjustiz nicht für die Wahlkampagne freigegeben hat, so hat er an der Agitation nicht persönlich teilnehmen können. Der Kandidat für den Vizepräsidentenposten, Genosse Steadman, hat sie letzten müssen. Genosse Debs hat schon viele Male als sozialistischer Präsidentschaftskandidat fungiert. Das Aufsteigen der sozialistischen Bewegung hat sich in steter Vermehrung der Stimmenzahl kundgegeben. Beim letztenmal erzielte die sozialistische Partei eine Million Stimmen, was freilich im Verhältnis zur Wählerzahl noch durchaus ungenügend ist. Aber die diesmalige Wahl wird die Stimmenzahl weiter steigern und die schändliche Inhabitation des Präsidentschaftskandidaten wird diese Steigerung nicht aufhalten.

Für die Farmer-Labour-Party kandidiert Parzen P. Christensen. Ueber seine Aussichten läßt sich wenig sagen. Es wird sich zeigen müssen, ob eine solche Mittelpartei noch Boden hat, oder ob die amerikanische Arbeiterschaft den Weg von den kapitalistischen Parteien zu den Sozialisten direkt findet.

Die Wahl findet am heutigen Tage (2. November) statt.

## Der Machtkampf in Groß-Berlin geht weiter

Berlin, 1. November. (W. T. V.) Der Oberpräsident hat heute sämtliche Mitglieder des neuen Magistrats von Groß-Berlin berufen, mit Ausnahme des zum Schutrat gewählten Dr. Kurt Löwenstein und des von den Neu-Kommunisten zum unbesetzten Stadtrat gewählten Redakteurs Emil Eichhorn.

Aus der kurzen Meldung geht noch nicht deutlich hervor, ob die Befähigung endgültig verweigert oder zunächst nur ausgesetzt worden ist. Jedenfalls wird die Verlegung der Befähigung dazu führen, daß der Kampf um die Macht in Berlin mit größter Schärfe aufs neue entbrennen wird.

## Für den Sozialisierungs-Gesetzentwurf der U. S. P. D.

Zeitz, 2. November. (Eigene Meldung der L. V.) Eine am Montag abgehaltene, von etwa 600 Betriebsräten des Reich-Weisenfels-Neuselwisch-Kolitzer Industriegebietes besuchte Versammlung im Schützenhaus zu Zeitz, in der besonders stark die Bergarbeiterbetriebsräte vertreten waren, erklärte sich nach einem Referat des Genossen Hilferding gegen fünf Stimmen für den Sozialisierungsgesetzentwurf der U. S. P. D. Die Beschlusfassung ist um so bedeutungsvoller, als bisher in diesem Teile des mitte-deutschen Verbrauchgebietes die Kommunisten behaupteten, die Oberhand zu haben.

## Der Parteitag der belgischen Sozialisten für die weitere Beteiligung an der Regierung.

Brüssel, 1. November. (Havas.) Der sozialistische Parteitag hat sich für die Beteiligung der Sozialisten an einem neuen Koalitionsministerium ausgesprochen.

## Die Offensive der Deutschnationalen.

In Hannover haben in diesen Tagen die Deutschnationalen ihren zweiten Parteitag abgehalten. Einen „weltlichen Parteitag der Kraft“ nennt eins der deutschnationalen Blätter, die Post, die Zeitung. Auf dem Parteitag selbst hat der frühere Staatsminister Hergt triumphierend betont, daß die deutschnationale Partei nahe daran ist, die stärkste bürgerliche Partei in Deutschland zu werden. Kühn behauptet die Post, daß nur die Deutschnationalen die Möglichkeit haben, Führernaturen herauszustellen, wie sie Deutschland brauche. Auf dem Parteitag haben sich die deutschnationalen Politiker als die einzigen Retter Deutschlands ausgespielt.

Es ist charakteristisch für die politischen Zustände im neuen Deutschland, daß noch zwei Jahre nach der Revolution ausgerechnet die Deutschnationalen, die wildesten Chauvinisten, die schärfsten Reaktionen, die größten Feinde der Republik, die eingeschworenen Monarchisten, eine derartige Rolle spielen können. In der deutschnationalen Partei haben sich die gefährlichsten Kriegsheer, die wildesten Annexionspolitiker, die eingeäscherten Militaristen und entschiedensten Verfechter des alten Systems zusammengefunden. In ihr findet die herrschende Klasse des alten reaktionären Deutschlands, die das deutsche Volk in der schamlosesten Weise ausgeplündert und getödtet hat, die daran schuld ist, daß Deutschland in der ganzen Welt verhaßt wurde und im Kriege seine Feinde nach Dutzenden zählen konnte, ihre politische Vertretung. Die deutschnationale Partei umfaßt alle die Elemente, die die wahrhaft schuldigen an dem Unglück und dem Elend des deutschen Volkes sind. Und ausgerechnet dieser Partei strömen die Massen des Bürgertums zu, so daß sie sich als führende bürgerliche Partei aufspielen kann. Dabei hat die Clique, die die Führung in der deutschnationalen Partei hat, ihren Charakter absolut nicht geändert. Es ist noch das alte reaktionäre Denken, das alte alldemokratische Kaufmännentum, das alte blindwütige Draufgänger-tum, das diese Gesellschaft auszeichnet. Die Erfahrung lehrt, daß diese Gewaltpolitiker des alten Systems zu nichts weniger taugen als zu Führern des deutschen Volkes. Trotzdem aber sucht ein großer Teil des Bürgertums in seiner Angst vor dem Proletariat gerade bei ihnen Schutz und Rettung.

Künftig ist in Hannover zur Sammlung des Bürgertums unter Führung der Deutschnationalen gelassen worden. „Einmütiger Zusammenschluß aller vaterländisch Gesinnten zu gemeinsamer nationaler Arbeit“ wird in einer Entschlieung gefordert. „Gegenüber der Sozialdemokratie“ — und es wird dabei kein Unterschied zwischen den verschiedenen Richtungen gemacht — „ist es nur ein rücksichtsloses Bekämpfen“ erklärte Hergt. Die preussische Regierung, in der noch einige Rechtssozialisten liegen, muß nach Helfferich schnellstens befeitigt werden. Helfferich nannte die Sozialdemokratische Partei die überflüssigste, die es gebe. Weil sie „nach außen hin die internationale Verbrüderung, nach innen den Klassenkampf predigt“, müsse sie bekämpft werden. Um die Seele der deutschen Arbeiterschaft will man mit der Sozialdemokratie ringen. Dabei denkt man selbstverständlich nicht an einen geistigen Kampf. „Wir brauchen eine kraftvolle Staatsgewalt“ deutete ausdrücklich der Leiter der agrarischen Deutschen Tageszeitung, Baedeker. Im „Sinn des Bismarckschen Gedankens“ soll das Reich nach ihm weiter entwidelt werden. Selbst die herrschende bürgerliche Koalitionsregierung, deren Leiter eben erst im Reichstag Ausnahmemaßnahmen gegen die radikale Arbeiterschaft angelündigt hat, ist den Herrschaften noch nicht reaktionär genug. Nach der Auffassung Hergts hat sie sich bereits „zu weit nach links orientiert“. Die alte Hohenzollern-Monarchie und das von den Junkern regierte vorrevolutionäre Preußen sind das Ideal der deutschnationalen Kämpfer. Es reizt zum Lachen, wenn der Fabrikbesitzer Lehniq aus Dresden behauptete, daß ausgerechnet dieser deutschnationale Parteitag, der ganz vom altpreussischen Junker- und Militaristengeist beherrscht wurde, eine neue Weltanschauung geboren habe.

Die Monarchie ist es, von der die Deutschnationalen Heil und Rettung erwarten. „Solange die Monarchie nicht wieder bei uns eingeführt ist, werden wir nicht zu gesunden Verhältnissen kommen“ erklärte Hergt unter minutenlangem, stillen Weiseln. Und das erhoffte Heil muß vom Hause Hohenzollern kommen, denn „was Preußen geworden ist, verdankt es den Hohenzollern“ behauptete Baedeker, und wer den notwendigen Preußengeist wiederherstellen will, „muß auch den preussischen Staat und das Königtum der Hohenzollern wiederherstellen wollen, veränderte Graf Westarp. An welchen Hohenzollernfürsten Minister Hergt gedacht hat, als er meinte, wir müßten wieder einen „Parteilaiser“ haben, hat er leider nicht verraten. Wie sich die Herrschaften übrigens die nach ihrer Auffassung notwendige Umwandlung der Republik zur Monarchie ungefähr vorstellen, kann man aus gelegentlichen Äußerungen über die Notwendigkeit der Bewaffnung des organisierten Bürgertums entnehmen. Mit großer Befriedigung konstatierte Graf Kanitz-Podangen, daß es